

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 39. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 08.01.2015</b></p>
--

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.25 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Frau Metschies  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Werner in Vertretung  
für Herrn Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünnemann  
Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Herr Viering  
Herr Polzin  
Herr Bürger  
Herr Imholze  
Frau Rüpke  
Herr Runge  
Herr Musiol  
Herr Dr. Kumpfer  
Herr Eickhoff  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV

**III Gäste**

Herr Becker

Umweltschutzamt Bremerhaven

***IV***    ***Gastdeputierte***

Herr Liess  
Frau Kennard  
Herr Saxe  
Frau Neumeyer

SPD-Fraktion  
SPD-Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen  
CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 39. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Die **TOP 6b** „Umweltzustandsbericht 2015: Umwelt in Bremen und Bremerhaven“ und **6c** „Maßnahmen im schienengebundenen ÖPNV und SPNV“ werden auf eine spätere Sitzung **verschoben**.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokolle der nicht öffentlichen Sitzungen am 21.11.2014)	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Frau Neumeyer erinnert an ihren Berichtswunsch vom 4.12.2014 zum Bauvorhaben am Bahnhof Blumenthal, der weder auf der Tagesordnung, noch in der Liste stehe.

Herr Golasowski berichtet, dass es um zwei einzuholende Gutachten gehe, wovon eines noch ausstehe. Es könne möglicherweise in der nächsten Sitzung dazu berichtet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	<b>Dritte Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (3. DIBt-Änderungsabkommen)</b> -FB 01-	Vorlage 18/474
-------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von der Absicht der Zeichnung des 3. DIBt-Änderungsabkommen durch das Land Bremen Kenntnis, stimmt dem vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik zu und ist mit der Weiterleitung über den Senat an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) einverstanden.

Einstimmig

<b>TOP 5</b>	<b>Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie im Land Bremen –Entwurf des bremischen Beitrags zum Bewirtschaftungsplan und zum Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 für das Flussgebiet Weser -33-</b>	Vorlage 18/483
--------------	--	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass der Zustand von mehr als 70 % der Oberflächengewässer unbefriedigend bis schlecht einzustufen sei. Dies sei vor allem verursacht durch Nitratreinträge aus der Landwirtschaft, die zum größten Teil aus Niedersachsen eingetragen würden. Nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) soll bis spätestens 2027 ein guter Zustand erreicht werden. Hier wären Maßnahmen länderübergreifend gemeinsam mit Niedersachsen umzusetzen. Kritisch zu sehen sei auch die Einleitung der salzhaltigen Abwässer von K&S in Hessen. Der Runde Tisch der Weser- und Werraanrainerländer habe mehrheitlich beschlossen, dass eine Nordseepipeline zur direkten Einleitung der salzhaltigen Abwässer in die Nordsee die beste Möglichkeit wäre. Durch die bestehende Einleitung in die Werra komme es in der Folge zu erhöhten Salzgehalten in der Weser, was zum einen ökologisch negative Folgen habe und zum anderen zu Schäden an technischen Anlagen wie dem Weserkraftwerk oder bei den Stahlwerken führen könne, die Kühlwasser aus der Weser entnehmen. Hier müsse eine Lösung gefunden werden, ob durch eine Pipeline oder vergleichbar wirkende Maßnahmen. Es dürfe nicht das wirtschaftliche Interesse von K&S Vorrang haben vor dem ökologischen und auch wirtschaftlichen Interesse aller anderen Weseranrainer.

**Frau Dr. Schierenbeck** äußert sich ebenfalls besorgt über den schlechten Zustand der Grundwasserkörper im Land Bremen, der ursächlich auf Nitrat aus der Landwirtschaft zurückzuführen sei. Der Fleischkonsum gehe zwar bundesweit zurück, aber die Fleischproduktion nehme weiter zu. In Niedersachsen würden mehr Schweine als Menschen leben. Die Gülle aus der Tierhaltung werde auf die Flächen verbracht, die Flächen seien nicht mehr in der Lage, diese Mengen aufzunehmen und damit lande das Nitrat im Grundwasser. Um eine Verbesserung des Grundwassers zu erreichen sei eine Änderung der Landwirtschaftspolitik notwendig. Sie möchte wissen, welchen Einfluss Bremen dahingehend habe und welche nächsten Schritte unternommen werden sollen.

**Herr Gottschalk** fragt, ob hinsichtlich der Salzeinleitung in die Werra die begründete Hoffnung bestehe, dass man im März noch zu einer Einigung komme.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass das Thema mehrfach auf Ministeriebene verhandelt worden sei, zuletzt auf der Weser-Ministerkonferenz. Die Situation sei komplex, vor einigen Monaten sei die hessische Ministerin mit Eckpunkten, die die Grundlage eines Vertrages mit K&S bilden sollten, an die Öffentlichkeit getreten. Der Vertrag solle den langfristigen Weiterbetrieb des dortigen Abbaus ermöglichen, mit der Folge weiterer, langandauernder Salzeinträge. Gleichzeitig sollte dieser Vertrag umfassen, dass K&S im Gegenzug etwas für die Haldenabdeckung tue. Aus Sicht der Unterlieger – Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen - sei das nicht zufriedenstellend. Diese hätten die Erwartung geäußert, dass über verschiedene Methoden der Abwassereindampfung nachgedacht werde, über eine mögliche Verringerung der Produktionsmengen und damit Streckung, um die Frachten pro Zeiteinheit auf ein verträgliches Maß zu begrenzen und dass die wirtschaftliche Zumutbarkeit ausreichend zu prüfen sei. Es stelle sich die Frage, ob die wirtschaftliche Zumutbarkeit bezogen auf den konkreten Standort oder auf das weltweit agierende Unternehmen K&S geprüft wurde. Er erinnert an den Fall der Dioxin- Altlasten bei Boehringer in Hamburg. Das Unternehmen Boehringer Ingelheim habe damals Summen bezahlt, die sicher für den Hamburger Standort wirtschaftlich nicht zumutbar gewesen wären, weil das Werk aufgrund der Altlastensituation geschlossen worden war.

Die Thematik der Nordseepipeline sei komplex geworden, weil das Land Nordrhein-Westfalen diese weiterhin fordere, das Land Niedersachsen sich aber in der letzten Legislaturperiode per Parlamentsbeschluss davon verabschiedet habe. Diese Nordseepipeline müsste über niedersächsischen Grund laufen. Man habe in den Gesprächen auf Ministeriebene nicht den Eindruck gehabt, dass Niedersachsen hier eine Kehrtwende vornehmen werde. Die beteiligten Länder hätten sich verständigt, sich bis März die Zeit zu geben, um eine Lösung zu finden.

**Herr Musiol** ergänzt, dass die Nitratbelastung nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in den anderen Bundesländern ein großes Problem sei. Die Düngemittelverordnung sei dabei ein Lösungsansatz. Diese solle novelliert werden und Bremen als Land trete für eine deutliche Verschärfung ein. Dies sei eine der wesentlichen Maßnahmen, um in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen. Als zweite Maßnahmenlinie laufen verschiedene Maßnahmen mit der Landwirtschaft. Über vertragliche Regelungen verpflichten sich Landwirte auf freiwilliger Basis zu Einschränkungen der Bewirtschaftung. In vielen Bereichen laufen Ankaufsbemühungen, wo Wasserunternehmen Landwirten Land abkaufen, um dort die Landwirtschaft ganz einzuschränken. Bezogen auf das Schutzgebiet in Bremen-Nord laufen ähnliche Regelungen mit den Landwirten auch im niedersächsischen Bereich. Diese erhalten Geld für Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Das sei eine wesentliche Maßnahme, die auf jeden Fall fortgeführt werde. Mittelfristig würden weitere Maßnahmen wie Landankauf geprüft.

**Herr Imhoff** erklärt, dass die Novellierung der Düngemittelverordnung zwingend notwendig sei. Aber dabei bestehe das Problem, dass mit den Maßnahmen die Betriebe, die man eigentlich erhalten wolle, nämlich die Kleinbetriebe, besonders getroffen würden. Diese seien im Gegensatz zu den Großbetrieben durch einige Maßnahmen in ihrer Existenz gefährdet. In der Düngemittelverordnung sei eine solche Maßnahme die Beschränkung bei Festmist. Dieser solle in Zukunft nicht mehr ausgebracht werden dürfen. Gerade viele Nebenerwerbslandwirte hätten aber immer noch Festmist. Dies müsse man dabei wissen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Sachstand und die geplante Veröffentlichung des Dokuments „Entwurf des Bremischen Beitrags zum Bewirtschaftungsplan und zum Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 für das Flussgebiet Weser“ zur Kenntnis und begrüßt die Auslegung zur Beteiligung der Öffentlichkeit.*

*Einstimmig*

<b>TOP 6</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 6a)</b>	<b>Vorstellung des Benchmark-Berichtes</b> -12-	BdV L/S schriftlich

**Frau Dr. Schierenbeck** kritisiert, dass insbesondere im Bereich Klimaschutz nicht zu erkennen sei, wie Bremen im Städte- und Ländervergleich dastehe. Bei einer Fortsetzung des Berichtes müsse stärker auf diesen Aspekt eingegangen werden. Ländervergleiche gebe es beispielsweise über den LAK Energiebilanz, der auch entsprechende Zahlen veröffentliche. Dort sei auffällig, dass z.B. die energiebedingten CO<sub>2</sub>- Emissionen in Bremen fast so hoch seien, wie in Thüringen, Berlin oder Hamburg. Die Pro- Kopf- Emissionen seien mit über 20 Tonnen pro Kopf am dritthöchsten, nach dem Saarland und Brandenburg. Der Bundesdurchschnitt liege hier bei 9,6 Tonnen. Beim Anteil der industriebedingten Emissionen nehme Bremen den zweiten Platz ein – nach dem Saarland und noch vor Nordrhein-Westfalen. Bremen müsse sich also vor allem um die Industrie kümmern, um die CO<sub>2</sub>- Emissionen zu senken. Interessant sei auch, dass in Bremen der Anteil der CO<sub>2</sub>- Emissionen, die unter den Emissionshandel fallen, am zweithöchsten sei. Das bedeute, dass der Anteil, den man in Bremen überhaupt beeinflussen könne, sehr klein sei. Wenn der Emissionshandel nicht funktioniere, der ja auf Bundes- oder EU- Ebenen beeinflusst werde, dann könnte Bremen auch die CO<sub>2</sub>- Emissionen nicht senken. Sie bittet darum, diese Aspekte zukünftig in den Benchmark- Bericht aufzunehmen.

**Herr Gottschalk** führt aus, dass bei diesem Benchmark- Bericht die Ausgaben in den Blick genommen werden. Dabei gehe man davon aus, je weniger ausgegeben werde, umso besser. Das Sparen stehe da immer sehr stark im Vordergrund. Wenn man sich den Bereich Grünflächenpflege anschau, würde Bremen nach dieser Sichtweise mit 67 ct/ m<sup>2</sup> besonders gut dastehen. Tatsächlich sei es aber so, dass Bremen fast nur die Hälfte als andere Städte für die Grünpflege ausgabe. Dies sollte nachdenklich machen. Diese Kennziffern würden nichts über Qualitäten aussagen. Insofern greife vieles in diesem Benchmark Bericht zu kurz. Man müsse sich fragen, ob man nicht allmählich in einer Situation sei, das Grün in Bremen zu gefährden. Es sei eine der großen Aufgaben für die nächste Legislaturperiode, grundsätzlich darüber nachzudenken, ob der bisherige Weg im UBB immer weiter zu sparen und mit immer weniger Aufwand die Grünpflege zu betreiben, noch gangbar sei.

**Herr Imhoff** weist darauf hin, dass er seit Jahren fordere, mehr Geld für die Grünpflege auszugeben. Seit Jahren seien die Pflegestufen in Bremen weiter heruntergesetzt worden. Der reale Arbeitsansatz sei noch geringer, als die Pflegestufen es überhaupt ausweisen.

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass der Benchmark- Bericht in erster Linie in Richtung Stabilitätsrat gerichtet sei, um zu zeigen, was Bremen mache, um zu sparen und den Haushalt zu konsolidieren. Trotzdem stolpere sie über die Aussage, bei den durchschnittlichen Abfallgebühren liege Bremen leicht über dem Median. Der Median sei statistisch gesehen nicht der Durchschnitt, Extremwerte würden herausgenommen. Aber es falle auf, dass andere Großstädte, die sonst im Vergleich herangezogen werden, hier wegfielen. Es sei sehr schwierig, bei den Abfallgebühren einzelne Städte zu vergleichen, weil die Leistungen, die in den Gebühren enthalten seien, sehr unterschiedlich seien. Wenn man sich das differenzierter anschau, werde man feststellen, dass Bremen nicht höhere Abfallgebühren als im Durchschnitt habe, sondern im Mittelfeld anderer Großstädte liege.

**Herr Senator Dr. Lohse** ergänzt, dass es Sinn und Zweck des Benchmark- Berichtes sei, gegenüber dem Stabilitätsrat darzulegen, dass Bremen alle Anstrengungen unternehme, um effizient zu wirtschaften. Gleichzeitig lehne sich der Bericht eng an die Produktpläne an. Die Parameter seien vor Jahren in Abstimmung verschiedener Ressorts festgelegt worden und seien sicher auch veränderbar, aber nicht sprunghaft, weil es darum gehe, die Entwicklung auf der Zeitachse abbilden zu können. Man müsse bestimmte Leitparameter herausgreifen, an denen man feststelle, ob die politische Steuerung erfolgreich und effizient sei. Der Benchmark Bericht ersetze nicht andere jährliche fachpolitische Berichte mit hohem Detaillierungsgrad wie das CO<sub>2</sub>- Monitoring. Dort vergleiche man sich auch mit der LAK Energiebilanz. Er greife gerne die Anregung auf, einzelne Parameter zu verändern.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stellt fest, dass sich die fachpolitischen Handlungsfelder des Ressorts in den Kennziffern des Benchmarking- Berichtes im Wesentlichen wiederfinden.*

*Einstimmig*

TOP 6b)	<b>Umweltzustandsbericht 2015: Umwelt in Bremen und Bremerhaven</b> -20-3-	BdV schriftlich	L/S
---------	---	--------------------	-----

*-verschoben-*

TOP 6c)	<b>Maßnahmen im schienengebundenen ÖPNV und SPNV</b> -5-	BdV schriftlich	L/S
---------	---	--------------------	-----

-verschoben-

TOP 6d)	<b>Ausbau der Rastplätze an den Bundesautobahnen im Land Bremen</b> -5-	BdV schriftlich	L/S
---------	--	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6e)	<b>Sachstand zum Wohnraumförderprogramm und Studierendenwohnraum</b> -7-	BdV mündlich	L/S
---------	---	-----------------	-----

**Herr Pohlmann** weist darauf hin, dass das Wohnraumförderungsprogramm in der Bilanzierung in der Baudeputation bereits zur Kenntnis genommen wurde. Es sei die Zielvorstellung des Bremer Senats, ein weiteres Wohnraumförderungsprogramm aufzulegen. Er nehme zur Kenntnis, dass dies in Erarbeitung sei. Die Abrufung der Mittel habe bestätigt, dass das Wohnraumförderprogramm genutzt werde und nutze. Das Folgeprogramm sollte ursprünglich zum 1.1. 2015 fertig sein, er gehe davon aus, dass dies schnellstens erfolge. Zur Frage des Studierendenwohnraums gebe es eine Beschlussfassung der Bürgerschaft auf Antrag der SPD und der Grünen vom Mai letzten Jahres. Es sollte ein Sofortprogramm zur Unterstützung und Förderung von Studierendenwohnraum innerhalb von sechs Monaten aufgelegt werden. Auch dies liege bisher noch nicht vor.

**Frau Pro. Dr. Reuther** berichtet, dass die Eckpunkte für das zweite Wohnraumförderprogramm auf dem Plenum des Bündnis für Wohnen am 23. Juni 2014 besprochen worden seien. Die noch abzustimmenden Vorlagen für den Senat lägen seitens der Verwaltung vor. Die Deputationsbefassung erfolge nach dem Senatsbeschluss. Das Thema Studierendenwohnraum gehöre unmittelbar mit dem Wohnraumförderprogramm zusammen. Daher schlage sie vor, es gemeinsam mit dem zweiten Wohnraumförderprogramm in der Deputation zu beraten.

**Frau Neumeyer** weist darauf hin, dass für die nächste Sitzung der Bürgerschaft auch ein Antrag der CDU zur Förderung von Studentenwohnungen vorliege. Im Oktober sei in der Bürgerschaft auf Nachfrage zugegeben worden, dass 2013/ 2014 im Bereich Studentenwohnungen nichts passiert sei. Für ca. 30.000 Studenten stünden 2.000 studentische Wohnungen zur Verfügung. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ sei nicht so angenommen worden, wie das geglaubt wurde. In der Überseestadt wurden Studentenwohnungen angekündigt, ebenso auf dem Gelände der Universität. Wie weit sei man mit diesen Planungen?

**Herr Senator Dr. Lohse** nimmt diese Frage als **Berichtswunsch** auf. Es gebe Planungen im Buntentor und im Bereich der Universität für Studentenwohnheime. Die Verwaltung werde in einer der nächsten Sitzungen darüber berichten.

**Herr Werner** stellt klar, dass die anderen 28.000 Studenten nicht auf der Straße stünden, sondern ebenfalls irgendwo wohnen würden und zwar nicht nur in Studentenwohnheimen. Das Wohnraumprogramm diene der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum insgesamt. Insofern dürfe das nicht verengt werden auf das studentische Wohnen in Wohnheimen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7	Verschiedenes	
-------	---------------	--

Keine Themen

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 39. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll